

3345/J XXI.GP

Eingelangt am: 31.01.2002**DRINGLICHE ANFRAGE**

gemäß § 93 Abs. 1 GOG

der Abgeordneten Dr. Gusenbauer
und GenossInnen
an den Bundeskanzler
betreffend die Regierungskrise zum Schaden Österreichs

Die Bundesregierung hat den ÖsterreicherInnen in den letzten Tagen und Wochen ein unglaubliches Bild der Uneinigkeit, Zerstrittenheit und der Handlungsunfähigkeit geboten. In einer zentralen Frage des Regierungsübereinkommens - der Erweiterung der Europäischen Union - zeigt sich ein unlösbar scheinender Konflikt zwischen beiden Regierungsparteien. In der Frage der nuklearen Sicherheit, insbesondere im Fall des AKW Temelin, gibt es keine gemeinsame Vorgangsweise der Bundesregierung. Tatsächlich ist es ein einmaliger Vorgang in der Geschichte der Zweiten Republik, dass eine Koalitionspartei ein Volksbegehren initiiert, das gegen die Politik der Bundesregierung gerichtet ist, um sich damit gegen den anderen Teil der Koalitionsregierung durchzusetzen.

Das Ergebnis des Volksbegehrens zeigt die große Angst, die es in der Bevölkerung vor der Risikotechnologie Atomenergie gibt, zugleich ist es Ausdruck des Misstrauens in den von Ministerpräsident Zeman und Bundeskanzler Schüssel in Brüssel ausverhandelten Vertrag. Die Bundesregierung war bis heute nicht in der Lage, der Bevölkerung Aufschluss darüber zu geben, welche Schritte sie nun setzen wird, um ein Mehr an Sicherheit für die österreichische Bevölkerung zu erzielen bzw. einen Durchbruch in Richtung Stilllegung des AKW Temelin zu erreichen. Selbst innerhalb der Regierungsparteien, die "Europapartei" ÖVP ist davon nicht ausgenommen, gibt es völlig unterschiedliche Auffassungen über die weitere Vorgangsweise.

Innen- und außenpolitisch betrachtet kann man die Ereignisse der letzten Wochen nur als Fiasko bezeichnen. Der Rückfall in alte Denk- und Konfliktmuster ist unübersehbar. Der Ortstafel streit belastet nicht nur das Verhältnis zur österreichischen Volksgruppe der Slowenen sondern auch zur Republik Slowenien. Zwischen der Tschechischen Republik und

Österreich eskaliert ein Krieg der Worte, alte Feindbilder werden wieder zum Leben erweckt, Emotionen und Vorurteile werden geschürt. Das Verhältnis, so das Resümee von Andreas Unterberger in der "Presse", zu einem wichtigen Nachbarland ist auf lange Zeit gestört, mit noch unabsehbaren Folgen (Die Presse, 24. Jänner 2002). Von einer "Strategischen Partnerschaft" mit Österreichs mittel- und osteuropäischen Nachbarländern, die im letzten Jahr noch vollmundig von Außenministerin Ferrero-Waldner verkündet wurde, hat man bezeichnenderweise nie wieder etwas gehört. Dass die Regierung diese Sprechblase von Anfang an nicht wirklich ernst genommen hat, hat sie - etwa mit dem Verbot von Stromimporten - bereits in der Vergangenheit bewiesen. Ein weiteres Konfliktfeld, das nun gegenüber der Tschechischen Republik aufgebaut wird, ist das der Benes-Dekrete. Für die FPÖ sind die Benes-Dekrete ein weiterer Grund für ein Veto gegen den Beitritt der Tschechischen Republik (News, 24. Jänner 2002), die ÖVP sendet dazu - wie schon im Fall Temelin - widersprüchliche Signale. Zu befürchten ist, dass durch die verbalen Drohungen gegenüber der Tschechischen Republik eine Lösung der Frage, um die sich Diplomaten und Historiker im Hintergrund bemühten, scheitern könnte.

Innerhalb der Europäischen Union gerät die Regierung mit diesem Schlingerkurs zunehmend in Isolation. Die Unberechenbarkeit der österreichischen Regierungspolitik verunsichert die EU-Partner. Für die österreichische Bundesregierung wird es dadurch noch schwieriger, Unterstützung seitens der EU-Partner zu bekommen. Wichtige österreichische Interessen bleiben auf der Strecke, weil es der Bundesregierung nicht gelingt, Bündnispartner zu finden. De facto war die Erfindung der "Strategischen Partnerschaft" mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn von der Absicht getragen, den unterkühlten Kontakten der Bundesregierung mit einigen EU-Partnern künftig ein anderes Bündnissystem entgegenzustellen. In nostalgischer Reminiszenz wünschte sich die Bundesregierung eine Führungsrolle Österreichs in Mitteleuropa. Dieser Versuch ist gründlich gescheitert.

Die Politik der schwarz-blauen Koalition läuft darauf hinaus, das Image Österreichs im Ausland zu schädigen. Lösungen wichtiger Fragen im Interesse Österreichs werden dadurch schwieriger. Die Koalition nimmt das nach wie vor in Kauf. Eine Politik, die in alte Freund-Feind-Schablonen verfällt, die Beziehungen zu den Nachbarstaaten und den EU-Partnern leichtfertig und permanent aufs Spiel setzt und die Erweiterung der Europäischen Union in Frage stellt, richtet sich letztlich gegen die Interessen Österreichs. Schließlich sollte die Regierung wissen, dass Österreich zu jenen Ländern gehört, die bisher wirtschaftlich am meisten von der Ostöffnung profitiert haben.

Die regierungsinternen Turbulenzen der letzten Wochen um die zweisprachigen Ortstafeln in Kärnten, die von einem Teil der Koalition geführten Angriffe gegen den Verfassungsgerichtshof als Garanten der Verfassung und der Grundrechte, die Vorgangsweise in Bezug auf das AKW Temelin, die Beziehungen zu unseren Nachbarstaaten und die Position zur Erweiterung der EU, haben - ungeachtet des politischen Schadens, der für Österreich entstanden ist - für die Regierung doch den Vorteil, von der wirtschaftlichen und sozialen Schadensbilanz abzulenken, die das "Neu Regieren" von ÖVP und FPÖ den Österreicherinnen gebracht hat. Österreich, das sich zwischen 1970 und 1999 auf der europäischen Überholspur befunden hat, ist seit dem Amtsantritt der schwarz-blauen Regierung auf eine Kriechspur zurückgefallen.

Nach dem Bundesministerengesetz 1986 i.d.g.F., Anlage zu § 2, Teil 2 ist der Bundeskanzler insbesondere auch für die wirtschaftliche Koordination und die zusammenfassende Behandlung der Strukturpolitik zuständig. Weiters ist er für "Angelegenheiten der staatlichen Verfassung" zuständig. Politisch gesehen, trägt er die Gesamtverantwortung für das Handeln der Bundesregierung. Daher stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachstehende

Dringliche Anfrage:

1. Stimmt es, dass laut Statistiken des AMS der Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich im Dezember 2001 gegenüber Dezember 2000 einen Rekordwert von 50 689 zusätzlichen Arbeitslosen erreicht hat?
Wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
2. Stimmt es, dass - wie ein Gutachten der Europäischen Kommission zeigt - Österreich in der Europäischen Union Schlusslicht bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze und Spitzenreiter beim Nettoverlust von Arbeitsplätzen ist?
Wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
3. Stimmt es, dass Österreich laut EU-Kommission mit seinem realen Wirtschaftswachstum an vorletzter Stelle der Europäischen Union liegt?
Wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?

4. Stimmt es, dass die Steuerquote in Österreich nach Berechnungen der EU-Kommission den historischen Höchstwert von 47% des BIP erreicht hat?
Wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
5. Stimmt es, dass die Belastungsmaßnahmen der Bundesregierung, wie die Einführung der Ambulanzgebühren, die Erhöhung der Energieabgabe, die Erhöhung des Preises der Autobahnvignette, die Erhöhung der Gerichtsgebühren etc., untere und mittlere Einkommensbezieher relativ stärker belasten als die Bezieher höherer Einkommen?
Wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
6. Stimmt es, dass Österreich im Jahr 2001 somit das Land mit den höchsten Steuererhöhungen in der EU war?
Wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
7. Stimmt es, dass Österreich, was den Nettoeinkommenszuwachs betrifft, laut Daten der EU an letzter Stelle in der Europäischen Union liegt?
Wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
8. Stimmt es, dass somit relevante österreichische Wirtschaftsdaten - wie Wirtschaftswachstum, Anstieg der Arbeitslosigkeit und Entwicklung der Nettoeinkommen - den Berechnungen der EU zufolge erstmals schlechter als im EU-Durchschnitt sind?
Wenn ja, was wird die Bundesregierung dagegen unternehmen?
9. Mit welchen Maßnahmen wird die Bundesregierung ihren Beitrag zur Umsetzung der von der EU beschlossenen "Lissabonner-Strategie" leisten, die jährlich konkrete Schritte zur Erreichung eines jährlichen Wirtschaftswachstums von 3% und die Erhöhung der Gesamtbeschäftigungsquote auf 70% vorsieht?
10. Sehen Sie als Bundeskanzler eine Chance, mit der Tschechischen Republik rechtlich verbindliche Sicherheitsmaßnahmen hinsichtlich des AKW Temelin zu vereinbaren, die (im Gegensatz zu der von Ministerpräsident Zeman und Ihnen getroffenen Vereinbarung) nicht ausschließlich vom Ermessen der tschechischen Atomenergiebehörde abhängen?

11. Wird die österreichische Bundesregierung über die Stilllegung des AKW Temelin verhandeln? Werden diese Verhandlungen wie von der FPÖ angekündigt von Vizekanzlerin Riess-Passer geführt werden?
12. Stärkt es die Position der österreichischen Bundesregierung, dass ein Teil der Koalition mit dem Veto gegen den Beitritt der Tschechischen Republik droht?
13. Gibt es einen Beschluss der Bundesregierung oder beabsichtigen Sie einen solchen herbeizuführen, dass Außenministerin Ferrero-Waldner bei der nächsten Ratstagung "Allgemeine Angelegenheiten" an die anderen Mitgliedstaaten der EU herantreten wird, um die Verhandlungen über das Energiekapitel wieder aufzunehmen? Wenn ja, welche Chancen sehen Sie, sich mit diesem Anliegen durchzusetzen? Wenn nein, warum nicht?
14. Welche Schritte werden Sie setzen, um beim Europäischen Rat von Barcelona die Frage des europaweiten Ausstiegs aus der Kernenergie zu thematisieren?
15. Wieso gibt es bis heute keinen Versuch der österreichischen Bundesregierung, jene Mitgliedstaaten der EU, die bereits jetzt auf eine Kernenergienutzung verzichten oder die einen Ausstieg aus der Atomenergie bereits beschlossen haben, für einen europaweiten Ausstieg aus der Kernenergie zu gewinnen?
16. Wie beurteilen Sie als Vorsitzender dieser Bundesregierung die von Ihrem Regierungspartner vorgebrachte Forderung, auch die Frage der Benes-Dekrete mit den Erweiterungsverhandlungen zu verknüpfen und gegebenenfalls ein Veto gegen den Beitritt der Tschechischen Republik zur EU einzulegen?
17. Welchen Stellenwert hat das in der Präambel zum Regierungsübereinkommen gegebene Bekenntnis zur Erweiterung in der konkreten Politik Ihrer Koalition?
18. Teilen Sie als zuständiges Mitglied der Bundesregierung für "Angelegenheiten der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit" die Auffassung des Kärntner Landeshauptmannes und Mitunterzeichners des Koalitionspaktes Dr. Jörg Haider, der Verfassungsgerichtshof sei "politisch korrumpiert", und halten Sie solche Äußerungen für eine bloße Stilfrage?

19. Meinen Sie, die Verfassungsrichter hätten es sich mit ihren Bezügen "gerichtet", und werden Sie daher als zuständiges Mitglied der Bundesregierung eine Änderung bei den Bezügen der Verfassungsrichter initiieren?
20. "Früher haben wir Kollegen in den Oststaaten getröstet", sagt laut Kurier vom 29.1.2002 ein Mitglied des Verfassungsgerichtshofes. Am 9.1.2002 schickte die Präsidentin des deutschen Bundesverfassungsgerichtes Jutta Limbach ein Solidaritätsschreiben an den österreichischen Verfassungsgerichtshof, in dem es hieß: "Mit großer Anteilnahme verfolgen wir Ihren unbeirrten Einsatz für die Minderheiten-Rechte und die richterliche Unabhängigkeit. Unser Kompliment! Im Geiste scharen wir uns um Sie und Ihren Präsidenten."
Was werden Sie als das für "Angelegenheiten der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit" zuständige Mitglied der Bundesregierung unternehmen, um das Ansehen dieses österreichischen Höchstgerichtes vor ungerechtfertigten Angriffen, die den Rechtsstaat insgesamt in Frage stellen, zu schützen?
21. Wie reagieren Sie als das für "Angelegenheiten der Verfassungs- und Verwaltungsgerichtsbarkeit" zuständige Mitglied der Bundesregierung auf das absurde Vorhaben von Seiten Kärntner Freiheitlicher, das Verfassungsgerichtshoferkenntnis betreffend die Ortstafel frage "auf Nichtigkeit" überprüfen zu lassen?
22. Teilen Sie die Auffassung der Presse-Journalistin Anneliese Rohrer, die vor einigen Tagen die Bilanz der Bundesregierung in der Außenpolitik folgendermaßen zusammenfasste: "Bei den EU-Partnern herrscht Misstrauen und Herablassung, bei den Nachbarn konnte man weder Vertrauen noch Respekt festigen. Die außenpolitischen Konsequenzen der innenpolitischen Turbulenzen kann man nicht verhindern. Der ständige Wechsel der Persönlichkeit von Schlitzohr zu Kraftmeier hat Konsequenzen. Schaden hat das Land" (Die Presse, 8. Jänner 2002)?
23. Wie stehen Sie zu den Schlussfolgerungen, die in der Neuen Vorarlberger Tageszeitung über die Bilanz der Bundesregierung gezogen wurde: "Die schwarz-blaue Koalition, die uns für die vielen Entbehrungen auf dem Weg zum Nulldefizit eines Tages mit einer Steuerreform belohnen will, hat die höchste Belastungsquote aller Zeiten zu verantworten. (...) Auf der ganzen Welt gibt es nur vier Staaten, die bei Unternehmen und Bürgern noch ungenierter abkassieren - ein trauriger Spitzenplatz von geradezu konkurrenzschädigender Signalwirkung für den Wirtschaftsstandort, ganz zu schweigen von der Frustration, die eine solche Schröpfung bei den Verdienern hervorruft. (...) Das

Inkassobüro Schüssel & Co. nimmt uns aus wie die Weihnachtsgänse. Bloß dass dieses Weihnachten schon fast bis Schulschluss dauert. Von wegen ‚Österreich neu regieren‘: Diese Regierung schaut ganz schön alt aus." (Neue Vorarlberger Tageszeitung, 19. Jänner 2002)?

In formeller Hinsicht wird verlangt, diese Anfrage gem. § 93 Abs. 1 GOG dringlich zu behandeln.